

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Regina van Dinter: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich heiÙe Sie zu unserer heutigen, 66. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **vier Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein und kommen zu:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600

In Verbindung mit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2007 bis 2011

Drucksache 14/4601

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2008

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4602

erste Lesung

Zur **Einbringung** der Gesetzentwürfe erteile ich zunächst Herrn Finanzminister Dr. Linssen das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Wer Schulden hat, der ist nicht frei.“ Dieser Satz stammt vom vormaligen schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson. Mitte der 90er-Jahre hat er damit die Notwendigkeit einer strikten Haushaltskonsolidierung auf den Punkt gebracht. Anhand

dieser griffigen Formel wird klar, weshalb wir vom Schuldenstaat wegkommen müssen.

Besonders bemerkenswert finde ich an der klaren Botschaft Perssons allerdings, dass sie von einem eingefleischten Sozialdemokraten und Premierminister stammt, der das Land regiert hat, das in Europa als Sozial- und Wohlfahrtsstaat par excellence gilt.

Während sich aber die Schweden aus eigener Kraft fleißig und erfolgreich darum bemüht haben, von den Fesseln der Verschuldung freizukommen und den Staatshaushalt zu konsolidieren, stieg die Verschuldung unseres Landes gerade in diesem Zeitraum dramatisch an.

Die summierte Nettoneuverschuldung der Jahre 1995 bis 2005 beläuft sich auf 49,6 Milliarden €. Beim Regierungswechsel vor zwei Jahren haben wir einen Gesamtschuldenberg von 112 Milliarden € übernommen. Über 44 % des Schuldenbergs haben damit Sie, meine Damen und Herren von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, zu verantworten. Sie stammen aus den letzten zehn Jahren Ihrer Amtszeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Schweden haben in den 90er-Jahren die Zeichen der Zeit erkannt. Sie haben zur rechten Zeit festgestellt, dass die über viele Jahre in den meisten Ländern Europas praktizierte Haushalts- und Finanzpolitik nicht halten konnte, was sie versprochen hat, nämlich Stabilität und Wachstum zu fördern. Göran Persson hat durch seine Entschlossenheit eindrucksvoll auch den früheren Ministerpräsidenten unseres Landes widerlegt und gezeigt: Wer will, der kann!

(Michael Groschek [SPD]: Das gilt auch für die Bildungspolitik!)

Während in der jungen Bundesrepublik der 50er- und 60er-Jahre die Politik der Verschuldung noch keine Rolle gespielt hat, ist die öffentliche Hand in den 70er-Jahren massiv in die Schuldenpolitik eingestiegen. Der Staat hat auf Pump konsumiert. Er war getrieben vom Glauben an die stabilisierende Wirkung des Schuldenmachens in Zeiten des Abschwungs. Einen Privatmann, der in schlechten Zeiten kreditfinanziert einen Ferrari kauft und glaubt, dass sich dadurch seine Situation verbessert, hielte jeder zu Recht für unseriös. Der Staat aber hat sich über viele Jahre hinweg genau so verhalten.

(Beifall von CDU und FDP)

Als falsch verstandene Grundlage der Schuldenpolitik diene das keynesianische Konzept einer

nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik. Der Konzeption des britischen Ökonomen Keynes liegt eine einfache Idee zugrunde: Der Staat müsse in Zeiten unbefriedigender gesamtwirtschaftlicher Entwicklung mit kreditfinanzierten Ausgaben gegensteuern, um Stabilität und Wachstum zu fördern. Spiegelbildlich sei es dann – nach Keynes – in konjunkturell guten Zeiten notwendig, die Staatsausgaben wieder zu begrenzen.

Heute wissen wir: Dieses Konzept ist zumindest in der Umsetzung gescheitert – und das aus mehreren Gründen.

Zum einen: Die Regierenden haben zwar in Abschwungphasen fleißig die Ausgaben erhöht – ganz im Sinne einer expansiven Fiskalpolitik. Den notwendigen zweiten Schritt ist die Politik aber nicht gegangen: in guten Zeiten mit der Schuldenmacherei aufzuhören und die notwendige Konsolidierung einzuleiten. Beides hat die öffentliche Hand unterlassen.

Zum anderen: Das Konzept hat völlig ausgeblendet, dass die Wirtschaftsakteure ihrem Handeln rationale Erwartungen zugrunde legen. Weil die Schulden von heute die Steuern von morgen sind, passen Unternehmen und Bürger ihr Ausgabeverhalten an: Investitionen und Konsumausgaben werden zurückgehalten. Die erwarteten positiven Effekte der Staatsverschuldung für Wirtschaft und Beschäftigung bleiben aus.

Meine Damen und Herren, eine Haushalts- und Finanzpolitik, die auf Keynes' Überlegungen beruht, hat sich damit als Irrweg erwiesen. Sie ist auch aus folgenden Gründen falsch:

Erstens. Staatsverschuldung entwickelt aufgrund von Zins- und Zinseszinsseffekten eine sich selbst verstärkende Eigendynamik: Die Verschuldungsspirale dreht sich immer schneller, und die Dynamik ist kaum noch zu durchbrechen.

Zweitens. Staatsverschuldung wälzt in erheblichem Umfang Lasten auf zukünftige Generationen ab. Die Handlungsspielräume der öffentlichen Haushalte werden kleiner. Für die Bewältigung von Gegenwartsaufgaben bleibt immer weniger Geld übrig.

Hätten wir zum Beispiel einen Verschuldensstand wie Bayern, nämlich 23 Milliarden €, dann müssten wir nur 1,1 Milliarden € für Zinsen einsetzen statt der derzeitigen 4,8 Milliarden €.

Der Vergleich mit Bayern beweist: Haushaltskonsolidierung ist eine Anstrengung, die sich lohnt. Sie trägt Früchte in Form einer Konsolidierungsdividende, die sich in niedrigeren Zinsausgaben und größeren Haushaltsspielräumen niederschlägt.

Die letzten Jahrzehnte, gerade hier in Nordrhein-Westfalen, waren von einer anderen Philosophie geprägt. Doch die Erfahrung anderer Länder zeigt: Die alten Instrumente haben ausgedient. Wer Schulden hat, der ist nicht frei.

Meine Damen und Herren, eine ganze Reihe von Ländern haben sich bereits Mitte der 90er-Jahre von der Haushalts- und Finanzpolitik à la Keynes abgewandt. Neben Schweden sind es Reformländer wie Belgien, die Niederlande, Spanien, Finnland oder Österreich.

Sie alle haben frühzeitig erkannt, dass die überkommene Politik der Staatsverschuldung in eine Sackgasse und Schuldenspirale führt, dass von ihr negative Wirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung ausgehen. Mutig haben diese Länder auf einen Politikwechsel gesetzt und sich für einen Weg der Konsolidierung und Stabilität entschieden. Der Erfolg gibt ihnen recht.

Schweden hat die Konsolidierung insbesondere auf der Ausgabenseite bestritten. Dies belegen Untersuchungen der OECD. Sie zeigen, dass die Einnahmequote während der Konsolidierungsperiode stabil geblieben ist, die Ausgabenquote aber um mehr als 10 % geschrumpft ist.

Die Reduzierung der staatlichen Konsumausgaben, das Streichen von Subventionen, die Absenkung der Sozialausgaben, eine umfassende Reform im Bildungsbereich – mit diesen Maßnahmen hat die schwedische Regierung, eine sozialdemokratische Regierung, ein umfassendes Sanierungsprogramm erfolgreich umgesetzt. Hinzu kommt eine zurückhaltende Lohnpolitik der Tarifvertragsparteien, die den Sanierungsprozess so unterstützt haben. Bei alledem hat sich das Bild des schwedischen Sozial- und Wohlfahrtsstaates nicht wesentlich verändert. Die soziale Balance im Land ist erhalten geblieben.

Der Blick zu unseren Nachbarn in Europa zeigt mir zweierlei:

Erstens. Konsolidierung ist machbar. Sie muss entschlossen und auf der Grundlage einer Gesamtstrategie mit differenzierten Maßnahmen durchgeführt werden.

Zweitens. Ohne Einsparungen lassen sich nachhaltige Konsolidierungsziele nicht verwirklichen. Sicherlich sind Kürzungen und Einsparungen im Einzelnen durchaus schmerzhaft. Doch Studien, wie von der EZB im April 2006 vorgestellt, zeigen deutlich, dass Länder mit einer reformierten und restriktiven Ausgabenpolitik eine wesentlich bessere Entwicklung aufweisen als Länder ohne Ausgabenreformen. Dies belegen fiskalische und

wirtschaftliche Indikatoren. Wenn deshalb auch der Weg einer Ausgabenkonsolidierung beschritten wird, sind positive Auswirkungen und Impulse für Staat und Wirtschaft insgesamt unbestreitbar.

Die Praxis in den Reformländern widerlegt damit eindrucksvoll die alte Behauptung, dass man mit mehr schuldenfinanzierten Staatsausgaben die Konjunktur am besten in Gang bringen kann. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass im Rahmen der Föderalismusreform II eine strenge Verschuldungsgrenze in die Verfassung aufgenommen wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Eine solche Selbstbindung ist wichtig. Sie garantiert zukünftig solide Staatsfinanzen.

Mindestens seit Ende der 90er-Jahre war auch für unseren Landeshaushalt die Sanierungsnotwendigkeit offensichtlich. Allerspätestens im Jahr 2001, als die Kreditverfassungsgrenze im Vollzug nicht eingehalten wurde, wäre es höchste Zeit zum Umsteuern gewesen. Aber Haushaltskonsolidierung bedarf nicht nur der Erkenntnis, dass eine Sanierung der Staatsfinanzen nötig ist. Der Erkenntnis muss eine schlüssige Gesamtstrategie folgen, ein verbindliches Ziel, auf das hingearbeitet werden soll. Vor allem aber braucht es Mut und den Willen, die Konsolidierungsstrategie umzusetzen und den Weg der Haushaltssanierung durchzuhalten.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Landesregierung hat beides: den Mut und den Willen. Nach dem Regierungswechsel haben wir einen Kassensturz gemacht und als erste Sofortmaßnahme eine Haushaltssperre verhängt. Mit dem Haushalt 2006 und der zugleich vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung haben wir dann einen strikten Sanierungsplan für unser Land aufgestellt. Seine Ziele und Etappen waren und sind: erstens Einhaltung der Kreditverfassungsgrenze, zweitens Nettoneuverschuldung null, drittens Abbau der Altschulden.

Die Landesregierung hat ihre Haushalts- und Finanzpolitik damit nach anderen Grundsätzen ausgerichtet als ihre Vorgänger. Es ist eine Politik mit Weitblick, eine Politik, die Risiken frühzeitig erkennt und vor allem rechtzeitig einkalkuliert. Ihr grundlegendes Wesensmerkmal ist, dass die Ausgaben mittelfristig in voller Höhe durch regelmäßig fließende Einnahmen gegenfinanziert werden. Für eine expansive Schuldenpolitik ist dabei kein Platz.

(Beifall von CDU und FDP)

Auf dem Weg zu einer tragfähigen Finanzpolitik, den wir seit 2006 beschreiten, haben wir bereits beachtliche Erfolge erzielt. Ich will nicht verschweigen, dass dafür nicht allein die Sporbemühungen verantwortlich sind. Parallel dazu haben sich die Steuereinnahmen erfreulich gut entwickelt. Diese Einnahmen unterstützen den Sanierungskurs zusätzlich. Da ist das Glück mit den Tüchtigen – so sagt jedenfalls das Sprichwort.

Wir haben bereits mit dem Haushalt 2006 die Nettoneuverschuldung auf 3,2 Milliarden € gesenkt. Im Vergleich zu den Jahren 2003 bis 2005 haben wir die Nettoneuverschuldung mehr als halbiert. Damit hat die Landesregierung im ersten Jahr ihrer vollen Regierungsverantwortung einen sogenannten Primärüberschuss von rund 1,4 Milliarden € erwirtschaftet.

Das heißt: Es ist bereits 2006 wieder gelungen, die laufenden Ausgaben – die Zinsausgaben herausgerechnet – aus den laufenden Einnahmen zu finanzieren. Ohne die Altlasten von SPD und Rot-Grün hätten wir damit schon im Jahr 2006 einen Überschuss aufweisen können. Nur die von unseren Vorgängern hinterlassenen Schulden zwingen und zwingen uns leider immer noch, den Kreditmarkt in Anspruch zu nehmen.

Das erste Etappenziel unseres Sanierungsplans für Nordrhein-Westfalen haben wir dann mit dem Haushalt 2007 erreicht.

(Beifall von der CDU)

Die Kreditverfassungsgrenze wird wieder eingehalten. Das ist kein Grund, sich zurückzulehnen. Wir haben den nächsten Schritt fest ins Auge gefasst, nämlich die Reduzierung der Nettoneuverschuldung auf null. Dazu müssen wir jetzt Kurs halten. Wir dürfen uns nicht durch die positive Entwicklung bei den Einnahmen beirren lassen.

Steigende Steuereinnahmen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind erfreulich und hilfreich. Wir hoffen, dass die Konjunktur noch lange so gut läuft. Das ändert aber nichts an der Notwendigkeit zur weiteren Konsolidierung. Denn auch für 2008 müssen wir noch Schulden aufnehmen. Die Nettoneuverschuldung ist mit knapp 2 Milliarden € veranschlagt. Das ist immerhin der niedrigste Stand seit 1977, aber es ist eben noch nicht null. Deshalb müssen die Spenderhosen weiterhin im Schrank bleiben, und zwar in der allerletzten Ecke.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir dürfen uns auch nicht alleine auf die derzeit scheinende Konjunktursonne verlassen. Es gibt

immer noch genügend strukturelle Haushaltsrisiken.

Dazu zählen zum einen die wachsenden Versorgungsausgaben. Sie sind eine Hypothek, die wir berücksichtigen müssen. In diesem Jahr 2007 beläuft sich die Zahl der versorgungsberechtigten Personen auf 153.000. Hierfür sind rund 4,5 Milliarden € an Versorgungsausgaben pro Jahr zu leisten. Für 2030 rechnen wir demgegenüber mit rund 240.000 Versorgungsempfängern. Die dafür prognostizierten Versorgungsausgaben liegen bei 7,1 Milliarden €, wobei ein Anstieg der Versorgungsbezüge aufgrund von Besoldungserhöhungen noch nicht einmal berücksichtigt ist.

Zum anderen bringt der aufgelaufene Schuldenberg ein erhebliches Zinsrisiko mit sich. Wir werden nicht darauf vertrauen, dass die Zinsen dauerhaft niedrig bleiben. Eine Zinserhöhung um durchschnittlich einen Prozentpunkt erhöht für den gesamten Schuldenbestand die Zinsausgaben um mehr als 1 Milliarde €. Auch für Zinssteigerungen müssen wir daher gewappnet sein.

Für eine dauerhaft tragfähige Haushalts- und Finanzpolitik müssen wir die eingeleitete Konsolidierung fortführen, und zwar quantitativ, aber vor allem auch qualitativ. Was heißt das? – Das heißt, unsere Ausgabenpolitik muss verstärkt qualitative Grundsätze einbeziehen. Selbstverständlich muss der Staat wie gewohnt seine Aufgaben weiterhin erfüllen. Es muss aber noch stärker auf den effizienten Mitteleinsatz geachtet werden. Das schließt Planbarkeit und eine mittelfristige Orientierung ein.

Darüber hinaus müssen wir alle bestehenden Ausgaben auf den Prüfstand stellen. Wir müssen prüfen, ob die Ausgaben effizient eingesetzt und die damit verfolgten Ziele überhaupt noch aktuell sind. Wir setzen dabei auf neue Instrumente der Haushaltssteuerung:

Das Landesamt für Personaleinsatzmanagement hat gerade im Juli seine Arbeit aufgenommen. Wir wollen damit kw-Stellen – sogenannte künftig wegfallende Stellen – schneller abbauen. Die Interessenabfrage zur Inanspruchnahme der Anreizsysteme ist bei den Beschäftigten auf große Resonanz gestoßen. Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die im Haushalt 2008 bislang eingeplante Senkung der Stellenzahl berücksichtigt dies noch nicht. Das werden wir im Rahmen der Ergänzungsvorlage zum Haushalt 2008 umsetzen.

Unser Projektbüro Haushaltskonsolidierung hat in einer ersten Welle in Zusammenarbeit mit allen Ressorts der Landesregierung 46 strukturverän-

dernde Projekte identifiziert. Im Rahmen der Gesamtsteuerung durch das Projektbüro sollen gerade die Ziele einer qualitativen Konsolidierung damit unterstützt werden.

Meine Damen und Herren, durch die umfassende Verwaltungsmodernisierung, die wir seit 2005 auf den Weg gebracht haben, straffen wir Strukturen, bauen Doppelzuständigkeiten ab und machen Verwaltungsabläufe noch moderner und effizienter.

Alle diese Maßnahmen gehören zur Gesamtstrategie unserer Haushaltskonsolidierung. Sie werden dazu beitragen, die Nettoneuverschuldung auf Null zu reduzieren. Dieses Ziel haben wir fest ins Auge gefasst, auch wenn in der mittelfristigen Finanzplanung für 2011 immer noch eine Neuverschuldung von 800 Millionen € ausgewiesen ist. Dass dem so ist, liegt nicht am mangelnden Konsolidierungswillen der Landesregierung, sondern am desaströsen Zustand der Landesfinanzen, den wir 2005 vorgefunden haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Es kommt hinzu:

Erstens gibt es kurzfristig nicht veränderbare Ausgaben wie zum Beispiel die Subventionierung des Steinkohlebergbaus. Bis 2019 werden wir für den sozialverträglichen Ausstieg über 3,9 Milliarden € aufwenden müssen, und das, obwohl durch den Ausstieg selbst und unsere Verhandlungserfolge in Berlin wichtige Entscheidungen für die Zukunft unseres Landes getroffen worden sind. Sie entlasten den Landeshaushalt mittel- und langfristig erheblich.

Zweitens investieren wir zur Modernisierung unseres Landes verstärkt in zukunftssträchtige Aufgabenschwerpunkte. Das macht unser Land wettbewerbsfähiger. Diese Aufgabe ist von der Vorgängerregierung viel zu lange verschlafen worden.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Konsolidierung ist machbar. Die ersten Erfolge sind erkennbar, und sie können sich sehen lassen.

Lassen Sie mich nach den Ausführungen zu den Grundsätzen unserer Haushalts- und Finanzpolitik nun zum Haushaltsentwurf für das Jahr 2008 im Einzelnen Folgendes bemerken:

Der Landeshaushalt für das kommende Jahr sieht Gesamtausgaben in Höhe von 50,8 Milliarden € vor. Gegenüber 2007 steigen die Ausgaben um 1,5 %. Zur Finanzierung des Haushalts ist eine

Nettoneuverschuldung von 1,99 Milliarden € vorgesehen. Gegenüber dem Vorjahr reduziert sich die Nettoverschuldung um 15 %.

Die Steuereinnahmen sind in 2008 mit 41,1 Milliarden € eingeplant. Hierbei sind die Auswirkungen der Unternehmensteuerreform in Höhe von rund 800 Millionen € bereits berücksichtigt. Das ist viel, aber es ist gut angelegtes Geld, weil es eine Investition in den Wirtschaftsstandort Deutschland ist. Die übrigen Einnahmen, meine Damen und Herren, belaufen sich auf 7,5 Milliarden €.

Für Investitionen sind im Haushalt 4,7 Milliarden € veranschlagt. Zum Vorjahr ist dies eine Steigerung um 3,2 %. Die Investitionsquote beträgt damit 9,2 %. Das ist immer noch viel zu wenig; ich glaube, das wissen wir alle.

Für Zinsen werden wir im Jahr 2008 voraussichtlich 4,8 Milliarden € bezahlen müssen. Die Zinslastquote beträgt 9,5 % und die Zinssteuerquote 11,8 %.

Für Personalausgaben, meine Damen und Herren, sind 19,3 Milliarden € etatisiert – ohne Hochschulen und Kliniken. Die Personalkosten verringern sich gegenüber dem Vorjahr um 1,8 %. Die Personalausgabenquote liegt somit bei 38,1 %. Sie wissen, dass das immer ein wichtiges Indiz ist, weil ich bei früheren Finanzministern gelernt habe, dass man die 40 % nie überschreiten darf – obwohl das natürlich früher in den Zeiten Ihrer Regierung permanent passiert ist. Die Personalsteuerquote liegt bei 47 %. Bei beiden Quoten erreichen wir damit den niedrigsten Wert seit zehn Jahren.

(Beifall von CDU und FDP)

Zur Kommunalfinanzierung wird mein Kollege, Herr Innenminister Dr. Wolf, später im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes weitere Ausführungen machen. Daher belasse ich es an dieser Stelle nur bei einigen Haushaltszahlen:

Die an die Kommunen verteilbare Finanzausgleichsmasse wird für 2008 mit 7,3 Milliarden € angesetzt. Dies ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 9,7 %. Insgesamt werden den Kommunen aus dem Landeshaushalt rund 13,7 Milliarden € zur Verfügung gestellt. Das entspricht einem Anteil am Landeshaushalt von immerhin fast 27 %.

Sicherlich muss man zur Beurteilung der Finanzsituation der Kommunen die Entwicklung der anderen kommunalen Finanzierungsquellen mit betrachten. So wie das Land profitieren auch die Kommunen von der positiven Steuerentwicklung. Landesweit hat sich das Gewerbesteueraufkom-

men erfreulich entwickelt. So beläuft sich das Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer im ersten Halbjahr 2007 brutto auf 4,9 Milliarden €. Das ist gegenüber 4,6 Milliarden € im ersten Halbjahr des Vorjahres eine Steigerung von über 8 %. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 2007 rechnen wir mit 5,8 Milliarden €. Das sind rund 600 Millionen € mehr als 2006.

Wie in den Vorjahren, meine Damen und Herren, konzentrieren wir uns auch im nächsten Jahr auf die Finanzierung von Zukunftsaufgaben. Kinder, Jugend, Familie und Bildung spielen für die Zukunft unserer Gesellschaft und damit für das künftige Wohl unseres Landes eine entscheidende Rolle. Am 1. August 2008 tritt das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern – das KiBiz – in Kraft. Mit ihm wird die Finanzierung von Tageseinrichtungen, der Tagespflege, der Sprachförderung und der Familienzentren neu ausgerichtet.

Insgesamt stehen im Jahr 2008 für frühkindliche Bildung 969 Millionen € zur Verfügung.

(Beifall von CDU und FDP)

Allein aus dem Vergleich der Haushaltszahlen ergibt sich schon ein Plus von mehr als 10 % gegenüber 2007. Zu berücksichtigen ist aber, dass es zudem strukturelle Veränderungen durch das KiBiz gibt. Es kommt zu einem Wechsel der Förderstruktur und zur Umwandlung bisher freiwilliger Landesförderungen, nämlich Sprachunterricht und Familienzentren, in gesetzliche Leistungsansprüche. Bezieht man diese Veränderungen in die Berechnung ein, so zeigt sich, dass die Steigerung in einem Jahr im Bereich von 150 Millionen € liegt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Für den Aktionsplan „Frühe Förderung von Kindern“ sind weitere 13,4 Millionen € vorgesehen. Damit werden besondere Maßnahmen bis zum Inkrafttreten von KiBiz finanziert.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Kinder- und Jugendförderplan wird um 100.000 € auf 75,2 Millionen € aufgestockt. Für die Förderung der Familienhilfe stehen in 2008 rund 22 Millionen € und für die Einrichtungen der Familienbildung 14,8 Millionen € zur Verfügung. Das Sonderprogramm „Jugend und soziale Brennpunkte“ wird wie im Jahr 2007 mit 4,5 Millionen € fortgeführt.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat bislang mehr als 3.000 zusätzliche Stellen ge-

gen Unterrichtsausfall eingerichtet. Mit dem Haushalt 2008 wird diese Zahl um 500 ansteigen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Zahl der Lehrerstellen für die offene Ganztagschule wird zum 1. August 2008 um 190 und dann 1.551 erhöht. Mehr Lehrerinnen und Lehrer können sich damit aktiv in die Nachmittagsangebote einbringen. Die enge Zusammenarbeit von Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Kultur, Sport und anderen Partnern wird dadurch weiter gestärkt.

(Beifall von der CDU)

Die offene Ganztagschule im Primarbereich wird weiter ausgebaut. Für das Schuljahr 2007/2008 wurden 48.800 neue zusätzliche Plätze genehmigt. Die Mittel werden für das Schuljahr 2008/2009 um 47,8 Millionen € erhöht. Damit stehen insgesamt 187,7 Millionen € zur Verfügung.

Schließlich läuft der angekündigte Ausbau auf 50.000 Plätze an Ganztags Hauptschulen. Darüber hinaus werden 116 neue Ganztags Hauptschulen genehmigt und 100 Stellen eingerichtet, sodass im Endausbau sogar 86.000 Plätze bereitstehen werden. Sie wissen, meine Damen und Herren, alle 250 Hauptschulen, die den Ganztags beantragt haben, werden mit dem Schuljahr 2008/2009 voll in diese Form überführt.

(Beifall von CDU und FDP)

Nordrhein-Westfalen profitiert von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Sie ist die Basis für solide Steuereinnahmen. Zur Kofinanzierung von wirtschaftsfördernden Projekten aus dem laufenden Ziel-2-Programm 2007 bis 2013 stehen 41,7 Millionen € bereit. Das sind 22,2 Millionen € mehr als in 2007. Die Projektauswahl erfolgt aber zukünftig im Wettbewerbsverfahren, um die Ziele des Programms effizienter zu erreichen.

Das Land Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, unterstützt die NRW.BANK, also unsere Förderbank, auch zukünftig bei der Entwicklung neuer kapitalmarktgestützter Finanzierungshilfen für den Mittelstand. Für Garantien, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen steht im Haushalt wie in den Vorjahren ein Deckungsrahmen von 200 Millionen € zur Verfügung. Zudem wird das Finanzministerium ermächtigt, Haftungsfreistellung bis zu 200 Millionen € zu übernehmen.

Nordrhein-Westfalen setzt auch im Jahr 2008 auf Wissenschaft und Innovation. Hier liegt ein weiterer Schwerpunkt des Regierungshandelns. Die Landesregierung stellt die weitere Umsetzung der Exzellenzinitiative mit 20 Millionen € sicher. Für den Hochschulpakt 2020 werden 45,1 Millionen €

bereitgestellt. Für die Beschaffung eines Höchstleistungsrechners im Forschungszentrum Jülich sind Verpflichtungsermächtigungen von 44 Millionen € vorgesehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Aufstellung kann nur ein kleiner Ausschnitt des gesamten Wirkens der Landesregierung sein. Wir setzen klare Schwerpunkte und verfolgen damit einen klaren politischen Kurs. Die Landesregierung hat bisher ein hohes Reformtempo an den Tag gelegt. Durch das umfangreiche Paket von Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung kommt es zu erheblichen Veränderungen, unter anderem in der Behördenstruktur. Das Parlament ist über die Fachausschüsse frühzeitig eingebunden.

Die Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung muss sich natürlich auch im Haushalt widerspiegeln. Aufgrund der notwendigen Beratungen auf der Fachebene findet sich das noch nicht in Gänze in dem Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurf wieder. Stichworte hierfür sind die Auflösung des Landesvermessungsamtes, die Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts, die Auswirkungen der Konzentration im Bereich des Widerspruchsverfahrens oder der Reform der Versorgungsverwaltung.

Zu den Auswirkungen auf den Haushalt wird die Landesregierung dem Parlament eine Ergänzungsvorlage vorlegen, sobald die fachlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Auch der Innovationsfonds, meine Damen und Herren, wird im Rahmen der Ergänzungsvorlage eingebracht. Es ist vereinbart, dass hierfür ein dreistelliger Millionenbetrag zur Verfügung stehen wird. Dies ist im Übrigen unabhängig vom weiteren Fortgang der Diskussion um die Beteiligung des Landes, über die man derzeit allenthalben in der Presse lesen kann.

Meine Damen und Herren, unsere Haushaltspolitik ist von dem Ziel geleitet, dass die Einnahmen die Ausgaben bestimmen. Getreu dem Grundsatz eines vorsichtigen Kaufmanns sind Einnahmen und Ausgaben dabei realistisch veranschlagt. Von diesem Grundsatz haben wir uns auch bei der Aufstellung der mittelfristigen Finanzplanung bis 2011 leiten lassen.

Wir erwarten für das kommende Jahr Steuereinnahmen in Höhe von etwas 41 Milliarden €, für das Jahr 2011 etwa 46 Milliarden €.

Diese Ansätze orientieren sich an den Ergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Mai 2007. Hieran halten wir fest.

Seit der Steuerschätzung gab es eine Reihe positiver Konjunkturdaten. Der Bundesfinanzminister nimmt dies zum Anlass, seine Einnahmeerwartungen heraufzusetzen und die Steuerschätzung vom Mai quasi in den Wind zu schreiben. Einen solchen Umgang mit Haushaltszahlen praktizieren wir nicht, weil in der Vergangenheit viel zu oft die optimistischen Einnahmeerwartungen von der Realität überholt wurden – um den Preis einer immer weiter angestiegenen Verschuldung.

(Beifall von CDU und FDP)

So zeigt sich bereits heute für die Entwicklung der Steuereinnahmen in diesem Jahr, dass die Mehreinnahmen der ersten sieben Monate nicht einfach fortgeschrieben werden können. Änderungen der statistischen Basis zum Beispiel bei der Lohnsteuererlegung und die zu erwartenden Körperschaftsteuererstattungen bedeuten eine Belastung von bis zu 1 Milliarde €.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Hört, hört!)

In der mittelfristigen Finanzplanung halten wir deshalb den Rahmen der vom Arbeitskreis Steuerschätzung erarbeiteten Prognose ein. Sollten wir darüber hinaus Mehreinnahmen erzielen, werden wir diese zur weiteren Rückführung der Neuverschuldung verwenden.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Ausgaben des Landes, meine Damen und Herren, steigen zwischen 2008 und 2011 um insgesamt 3,7 Milliarden €. Die Entwicklung bei Personalausgaben, Zinsausgaben und kommunalem Steuerverbund erklären bereits 3,5 Milliarden € der Gesamtausgabensteigerung, also 94,6 % – allein diese drei Positionen.

Der Ausgabenanstieg bei den Personalausgaben ist nicht zuletzt auch der geplanten Besoldungserhöhung ab dem 1. Juli 2008 für unsere Beamtinnen und Beamten geschuldet. Sie haben in den letzten Jahren in erheblichem Maße Konsolidierungslasten getragen. Eine weitere Abkopplung von der Lohn- und Gehaltsentwicklung in unserem Land ist nicht verantwortbar und kommt deshalb für die Landesregierung auch nicht infrage.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Konsolidierungskurs dieser Landesregierung trägt erste Früchte. Dies erlaubt uns, wichtige Zukunftsaufgaben aufzugreifen, die unter Rot-Grün vernachlässigt wurden.

(Beifall von der CDU)

Im Finanzplanungszeitraum steigen die für Kulturförderung bereitgestellten Mittel des Landes von 123 Millionen € im Jahr 2007 auf 167 Millionen € im Jahr 2011.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Leistungen im Bereich der offenen Ganztagschule wachsen von 142 Millionen € auf 236 Millionen €.

(Beifall von CDU und FDP)

im Bereich der Ersatzschulfinanzierung von rund 1,1 Milliarden € auf etwa 1,2 Milliarden €.

(Beifall von CDU und FDP)

im Kindergartenbereich von 875 Millionen € im Jahr 2007 auf über 1 Milliarde € ab 2009.

(Beifall von CDU und FDP)

Diese Verbesserungen können wir vornehmen, ohne den Konsolidierungskurs zu gefährden.

Wir werden die Neuverschuldung bis zum Jahr 2011 schrittweise auf rund 800 Millionen € senken. Unsere nächsten Ziele sind ein Haushalt ohne Nettokreditaufnahme und der Einstieg in den Schuldenabbau. Ich werde mich heute nicht auf das Jahr festlegen, in dem wir den Haushaltsausgleich erreichen. Sie wissen: Prognosen sind immer unsicher, vor allem, wenn sie in die Zukunft gerichtet sind.

(Zuruf von Rainer Bischoff [SPD] – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Ankündigungen bringen uns aber nicht weiter. Was alleine zählt, ist der Erfolg für das Land. Hieran werden wir uns messen lassen!

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Ach!)

„Wer Schulden hat, der ist nicht frei!“ – Göran Persson hat recht. Die Belastungen der Vergangenheit, für die jährliche Zinsleistungen in Höhe von 4,8 Milliarden € ein sicherer Indikator sind, engen uns ein.

Nichtsdestotrotz hat sich die Landesregierung auf den Weg gemacht, die Landesfinanzen wieder ins Lot zu bringen. Andere Länder haben es uns vorgemacht und gezeigt: Konsolidierung ist machbar. Und sie hat auch noch positive Auswirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung.

(Beifall von CDU und FDP)

Das bestärkt mich, meine Damen und Herren, in meiner Haltung, dass wir mit der Konsolidierung fortfahren müssen. Wenn wir jetzt Kurs halten,

können wir es schaffen, unser Land mit einer dauerhaft tragfähigen Finanzpolitik wieder nach vorne zu bringen: zum Wohl unseres Landes, zum Wohl der hier lebenden Menschen und für kommende Generationen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dieses Ziel, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir alle in der Landesregierung vor Augen. Daher möchte ich allen Kolleginnen und Kollegen für ihre tatkräftige Unterstützung dieses Kurses danken. Der Haushalt ist zwar das Zahlenwerk des Finanzministers, aber die dahinter stehende Politik und die grundlegende Philosophie sind das Werk der gesamten Regierung. Ich danke daher meinen Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit bei der Erstellung dieses Haushaltsentwurfs.

Heute ist die Stunde des Parlaments. Ab jetzt liegt das Verfahren in Ihrer Hand. Ich bitte um Unterstützung für den vorgelegten Haushalt 2008. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Finanzminister. – Meine Damen und Herren, ich gebe nun das Wort zur Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2008 an den Herrn Innenminister Dr. Wolf. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Vorlage des GFG 2008 möchte ich drei gute Nachrichten für die Gemeinden an den Anfang stellen:

Erstens. Im Steuerverbund stehen 2008 über 7,3 Milliarden € zur Verfügung. Das sind fast 10 % mehr als im Vorjahr. Außerdem ist das der höchste Betrag seit dem Jahre 2001.

Zweitens. Wir halten unsere Zusage ein, den kommunalen Finanzausgleich einfach, transparent und gerecht zu gestalten. Der Verbundsatz bleibt bei 23 %. Es gibt keine Abrechnungen mehr. Es ist nun endgültig Schluss mit den Unsicherheiten aus den Zeiten von Rot-Grün.

(Beifall von CDU und FDP)

Drittens. Die Landesregierung setzt einen besonderen Schwerpunkt in der Bildungspolitik. Die bisherige Schulpauschale wird zur Schul- und Bildungspauschale weiterentwickelt und mit 540 Mil-

lionen € dotiert. Das sind insgesamt 80 Millionen € mehr als im letzten Jahr.

Die Landesregierung hat beim GFG immer zwischen den Haushaltsebenen des Landes und der Kommunen abzuwägen; der Finanzminister hat dazu Ausführungen gemacht.

Wir müssen nach wie vor feststellen, dass sich die finanzielle Situation der Kommunen zwar auf der einen Seite deutlich verbessert hat, aber natürlich immer noch angespannt ist. Immerhin: Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen im Jahre 2006 um fast 2 Milliarden €, ca. 13 %, gegenüber 2005 erheblich an.

Der Finanzierungssaldo aller kommunalen Haushalte hat sich zwar halbiert, ist aber immer noch negativ. Das heißt: Auch hier gibt es noch einiges zu tun, ähnlich wie bei der Gesamtverschuldung und der Nettoneuverschuldung des Landes. Wir haben noch eine lange Wegstrecke vor uns. Aber wir sehen Licht am Ende des Tunnels – und das ist nicht der entgegenkommende Zug.

Der neue Höchststand der Kassenkredite zum Jahresende 2006 ist ein Zeichen dafür, dass die kommunale Finanzlage immer noch angespannt ist, insbesondere in den 110 Städten und Gemeinden, die sich ohne ein genehmigtes HSK in der vorläufigen Haushaltswirtschaft befinden. Auch hier sind zunehmende Anstrengungen erforderlich.

Die Landesregierung hat im Bewusstsein der nach wie vor schwierigen Finanzlage vieler Kommunen des Landes sorgfältig zwischen den Haushaltsebenen des Landes und der Kommunen abgewogen und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass der Verbundsatz bei 23 % bleiben kann. Ich glaube, das ist eine sehr gute Botschaft.

Wir wollen die Struktur des GFG 2008 im Wesentlichen an die des GFG 2007 anpassen. Das ist auch bewusst im Hinblick auf das laufende Gutachten zur Modernisierung des kommunalen Finanzausgleichs erfolgt, dessen Ergebnisse im Frühjahr des kommenden Jahres vorliegen sollen.

Fest steht aber schon heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Kommunen im Jahre 2008 erneut von der wichtigsten Strukturveränderung im damaligen GFG 2006 profitieren werden, nämlich der Einführung eines zurückliegenden abgeschlossenen Ableitungsreferenzzeitraums zur Ermittlung der Finanzausgleichsmasse. Am Ende des Gesetzgebungsverfahrens werden die Kommunen auf den Cent genau wissen, mit welchen Zuweisungen sie im nächsten Jahr rechnen können.